



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013



Liebe Leserinnen und Leser,

einige ereignisreiche Wochen liegen hinter uns. In den Medien dominiert nach wie vor das Thema "Staatschuldenkrise", der gerade aus nationaler Sicht leider selten etwas positives abgewonnen wird. Dennoch durften die Bürger in den vergangenen Tagen eine besonders positive Meldung aus den Medien entnehmen: 69% der Deutschen stehen zum Euro und wollen auch in Zukunft nicht darauf verzichten. Das ist eine positive Nachricht, denn ohne

die Unterstützung seiner Bürger wäre die Europäische Union ihrer demokratischen Grundlage entzogen und damit auf Sand gebaut.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich viel Vergnügen beim Lesen und freue mich über Anregungen, Lob und Kritik!

Ihr

Inhaltsverzeichnis

Ereignisse	Seite 2
Rückblick auf die Plenarsitzungen	Seite 4
EU-Politik Bürgernah	Seite 5
OWL in Europa	Seite 7
Termine	Seite 9



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013

Ereignisse

Italienischer Europaminister a.D. Rocco Buttiglione zu Besuch in Bielefeld

Einen besonderen Gast durfte Bielefeld aus Italien empfangen: Der ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Italiens Europaminister a.D. Rocco Buttiglione besuchte während seines Aufenthaltes den CDU OWL Bezirksparteitag, bei dem er den Mitgliedern einen interessanten Einblick in seine Sichtweise auf die gegenwärtige Regierung in seinem Heimatland gab. Im Hinblick auf die Zukunft Italiens zeigte er sich der römische Christdemokrat



zuversichtlich: "Italien hat bisher viel gearbeitet und Opfer gebracht", so Buttiglione. "An diesem Neuanfang werden weder Berlusconi, noch Grillos Protestbewegung etwas ändern können."

Elmar Brok trifft israelische und palästinensische Vertreter

Vom 22. bis 24. Juli reiste der EU-Abgeordnete Elmar Brok (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlamentes, nach Israel und in die besetzten palästinensischen Gebiete.

Der erste Teil seines Besuchs war Treffen mit israelischen Vertretern gewidmet. Brok traf sich unter anderem mit Premierminister Benjamin Netanjahu, Frau Tzipi Livni, Justizministerin, verantwortlich für die Verhandlungen mit den Palästinensern und Herr Ze'ev Elkin, stellvertretender Außenminister. Brok nahm auch an Sitzungen in der Knesset, dem israelischen Parlament, teil. Der zweite Teil des Besuchs war Treffen mit palästinensischen Vertretern gewidmet. Elmar Brok traf sich dabei unter anderem mit Premierminister Rami Hamdallah, sowie mit Herr Saeb Erekat, Chefunterhändler in den Friedensverhandlungen mit Israel.



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013

In den Gesprächen mit den Vertretern ging es im Wesentlichen um die neue Friedensinitiative, die in der EU voll unterstützt wurde. Bei den Treffen bekräftigte Brok seine Unterstützung für die durch den U.S. Außenminister John Kerry eingeleiteten Gespräche. "Dies ist jedoch nur möglich, wenn dabei die Sicherheit beider Seiten gewährleistet ist", so Brok. Auch die Guidelines der EU-Kommission zu israelischen Siedlungen waren Teil der Gespräche zwischen Brok und den Vertretern. "Diese müssen zur Unterstützung des Friedensprozesses zunächst bewertet und in diesem Sinne interpretiert werden", so der EU-Abgeordnete.

Von den politischen Vertretern erhielt Brok außerdem wichtige Informationen zu der vermuteten Iranischen Atombombe. Netanjahu machte im Gespräch mit Elmar Brok deutlich, dass eine Atombombe für Israel unter keinen Umständen hinnehmbar sei. Brok betonte, dass Iran endlich zu ernsthaften Verhandlungen bereits sein müsse und nicht weiter auf Zeit spielen dürfe. "Eine iranische Atombombe ist nicht hinnehmbar, wohl aber die private Nutzung von Atomenergie unter den bekannten Bedingungen. Weitere Verzögerungen in den Verhandlungen können nicht hingenommen werden", so Brok im Gespräch mit dem israelischen Premier.

Washington Besuch

Treffen mit dem Speaker des Repräsentantenhauses John Boehner, der Europa-Chefberaterin von Präsident Obama Dr Karen Donfried, stellvertretenden Ministern des Innern (Rand Beers), Auswärtigen (Wendy Sherman) und der Justiz (Bruce Schwartz) sowie mehreren Ausschussvorsitzenden des US Kongresses sind auf dem Programm von Elmar Brok in Washington DC.



Angesichts der NSA-Datensammlung-Affäre ist Hauptthema dieser Treffen die Notwendigkeit, durch Datenschutzmassnahmen in der transatlantischen Partnerschaft wieder Vertrauen herzustellen. Elmar Brok machte deutlich, dass im Bezug auf Datenschutz deutsches und europäisches Recht respektiert werden muss. Zugleich soll die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus fortgesetzt werden. Elmar Brok traf bei seinen Gesprächspartnern auf Verständnis und Bereitschaft, auf die Sorgen der europäischen Verbündeten einzugehen.



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013

Rückblick auf die Plenarsitzungen in Straßburg

EntschlieÙung zur Türkei

Das Europäische Parlament verabschiedete in ihrer Juni-Plenartagung in StraÙburg eine EntschlieÙung zur Lage in der Türkei. Der fraktionsübergreifende Text verurteilt die Gewalt gegen Demonstranten und ruft die Regierung Erdogan zur Mäßigung auf. Hintergrund dieses Signals der EU an die türkische Regierung ist die Lage der Menschenrechte in dem Land und die anhaltende Gewalt gegen Demonstranten.

Angesichts dieser erschreckenden Entwicklungen müssen wir überlegen, wie die EU in Zukunft mit der Türkei umgehen soll. Die Eröffnung eines neuen Verhandlungskapitels im Beitrittsverfahren wäre nun eine Beleidigung für die Demonstranten, daher müssen wir jetzt konkrete Alternativen zur Vollmitgliedschaft entwickeln.

Den EntschlieÙungsantrag zur Lage in der Türkei finden Sie hier:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONGML%2bMOTION%2bP7-RC-2013-0305%2b0%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE>

EntschlieÙung zum Europäischen Auswärtigen Dienst

In einer weiteren EntschlieÙung forderte das Europäische Parlament einen effizienteren und in seinen Entscheidungsprozessen schlankeren Europäischen Auswärtigen Dienst. Auf Grundlage eines Berichtes, den ich in meiner Position als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses in Zusammenarbeit mit meinem Kollegen Roberto Gualtieri (S&D) vorlegte, forderte das Europäische Parlament, dass die Vizepräsidentin der EU-Kommission/Hohe Vertreterin für Außenpolitik in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin eine regelmäßige Sitzung der mit außenpolitischen Themen befassten EU-Kommissare leiten und koordinieren. Die Hohe Vertreterin muss ein glaubwürdiger Teil der EU-Kommission werden, um eine bessere Kooperation zu erreichen. Um dies erfüllen zu können, müsse man die Einführung von politischen Vertretern für die Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin in Erwägung ziehen.

Die Entscheidung des Parlaments fiel mit Blick auf die Review des Europäischen Auswärtigen Dienstes, welche Herbst einige Reformmaßnahmen für eine effizientere Arbeitsweise veröffentlichen wird. Eine Pressemitteilung zum abgestimmten Bericht finden Sie hier: <http://www.elmarbrok.de/archives/hohe-vertreterin-der-eu-muss-treffen-der-aussenpolitik-kommissare-leiten>



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013

EU-Politik Bürgernah

Die Tarife für mobile Internetnutzung im EU-Ausland sind gesenkt worden

Ab dem 1. 7.2013 gelten folgende Preisobergrenzen, jeweils ohne Mehrwertsteuer:

- Herunterladen von Daten oder Surfen im Internet – 45 Cent pro MB, (abgerechnet pro Kilobyte) = 36 % billiger als 2012
- Abgehende Anrufe – 24 Cent/Minute = 17 % billiger als 2012
- Anrufannahme – 7 Cent/Minute = 12,5 % billiger als 2012
- Versand einer SMS – 8 Cent = 11 % billiger als 2012

Eine weitere Absenkung der Gebühren soll zum 01.07.2014 folgen. Die EU hat seit 2007 eine Senkungen der Endkundenpreise für Anrufe, SMS und Datenkommunikation um insgesamt mehr als 80 % erreicht. Das DatenRoaming wird 2013 ver-glichen mit 2007 um 91 % billiger sein. Einige Betreiber haben bereits begonnen, Roamingaufschläge bei Sprach- und SMS-Diensten ganz abzuschaffen. Es ist erklärtes Ziel der EU, dass es bis 2015 zwischen Inlands- und EU-Auslandstarifen keinen Unterschied mehr gibt.

Weitere Informationen und Preistabellen unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-611_de.htm

Europawahl 2014

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden vom 22. bis 25. Mai 2014 statt.

Die ursprünglich vom 5. bis zum 8. Juni geplante Wahl wurde vorgezogen, um dem neu-gewählte Parlament mehr Zeit zu geben, sich auf die Wahl des Präsidenten der Europäi-schen Kommission im Juli 2014 vorzubereiten. Pressemitteilung des Parlaments zum Wahl-termin

unter

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20130521IPR08702/html/Ende-Mai-statt-Anfang-Juni-Europawahlen-2014-zwei-Wochen-fr%C3%BCher>

Auf die Wahlzettel für die Europawahlen sollen auch Europäische Parteien aufgenom-men werden und die Parteien frühzeitig ihre Kandidaten für den Präsidenten der Europäi-schen Kommission bestimmen. Das hat der Parlamentsausschuss für konstitutionelle Fra-gen gefordert. Schließlich sollen die Wahlergebnisse erst nach Schließung der Wahllokale in allen EU Staaten veröffentlicht werden. Pressemitteilung (Englisch) vom 28.5.2013

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20130527IPR10528/html/Make-European-elections-more-European-says-Constitutional-Affairs-Committee>

In Deutschland wird es für die Europawahl 2013 eine Drei-Prozent-Klausel geben. Das sieht ein einen gemeinsamer Gesetzentwurf zur Änderung des Europa-wahlgesetzes von den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor (BT DS 17/13705



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013

vom 4.6.2013). Das Bundesverfassungsgericht hatte im 9.11. 2011 festgestellt, dass die Fünf-Prozent-Klausel bei der Europawahl mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und daher nichtig ist. Gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung des Europawahlgesetzes vom 4.6.2013 unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/137/1713705.pdf>

Für die Europawahl 2014 wird eine hohe Wahlbeteiligung von Jugendlichen vorausgesagt. Nach einer Umfrage der Europäischen Kommission (2. bis 19.4. 2013) zur Teilnahme von Jugendlichen im Alter von 15 bis 30 Jahren am demokratischen Leben ergab, dass 64 %* der jungen Europäerinnen und Europäer vorhaben, 2014 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ihr Kreuzchen zu machen und nur 35 % nicht vorhaben zu wählen. Danach liegen Deutschland mit 71% und Österreich mit 65% über dem EU-Durchschnitt. Nur 8% der Jugendlichen in Deutschland und Österreich würden überhaupt nicht wählen gehen und damit 3% unter dem EU-Durchschnitt von 11% Totalverweigerern liegen.

Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-462_de.htm

Die Konzessionsrichtlinie wird auf die Wasserversorgung und den Rettungsdienst keine Anwendung finden.

Damit findet die von Vielen befürchtete Privatisierung der Wasserversorgung nicht statt. Trotz wiederholter Klarstellungen war es Binnenmarktkommissar Barnier nicht gelungen, den Eindruck zu entkräften, die Kommission wolle die Wasserversorgung privatisieren. Nach monatelangen kontroversen Diskussionen – bis hin zu einer von 1,5 Millionen Menschen getragenen EU-Bürgerinitiative – hat Barnier daher am 21.6.2013 vorgeschlagen, die Wasserversorgung gänzlich aus dem Geltungsbereich der geplanten Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Das haben Parlament, Rat und Kommission dann am 26.6.2013 in ihren Triologverhandlungen über die Konzessionsrichtlinie beschlossen. Auch der ebenso elementare Bereich der Daseinsvorsorge, der Notfallrettungsdienst wurde von der Richtlinie ausgenommen. Damit können die Landkreise und Städte auch künftig die Notfallrettung direkt den Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz und anderen gemeinnützigen Organisationen übertragen.

Erklärung von Binnenmarktkommissar Michel Barnier vom 21.6.2013 unter

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11496_de.htm



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013

OWL in Europa

Besucherguppe CDU Salzkotten in Straßburg



Eine Gruppe der CDU - Salzkotten besuchte Elmar Brok im Europäischen Parlament in Strassburg. Die mit am häufigsten gestellte Frage bei Besuchen in Elmar Broks Büro ist, warum die Plenarsitzungen dort - und nicht etwa in Brüssel stattfinden.

Seinen Gästen aus Salzkotten hat er erklärt, dass dies zum Einen historische Gründe hat. Zum Anderen bedarf es Einstimmigkeit, um den Umzug zu realisieren. Angesichts des Tourismus, den es durch das Europäische Parlament in Strassburg gibt, würde Frankreich dem allerdings nicht zustimmen. Anschließend ist die Gruppe auf das Thema eines möglichen EU-Beitritts der Türkei zu sprechen gekommen. Elmar Brok stellte seinen Gästen die klare Position der CDU und der Fraktion EVP im Europäischen Parlament dar, nämlich, dass die Türkei vorerst nicht Mitglied der Europäischen Union wird. Überhaupt müssen im Land zunächst einige rechtliche Defizite beseitigt werden, allen voran die Meinungsfreiheit und endlich eine Klärung der Zypernfrage. Auch erklärte Elmar Brok, dass die Türkei zwar nicht EU-Mitglied werden sollte, aber sehr wohl von Schengen und NATO.

Bildungswerk Kolping aus Paderborn in Straßburg

In Straßburg besuchten die Mitarbeiter des Paderborner Bildungswerkes Kolping den Europaabgeordneten Elmar Brok im Straßburger Europäischen Parlament. In dem angeregten Gespräch setzten sie sich intensiv mit der aktuellen Situation des Mitgliedstaates Ungarn und der angespannten Situation in der Türkei auseinander.

Zunächst unterhielten sich die Teilnehmer über die aktuelle Situation in Ungarn. Elmar Brok äußerte seine Sorge darüber, dass die Rechtsprechung im Land nicht immer unabhängig verläuft. Aus diesem Grunde werde dies nun vom EU-Gerichtshof geprüft. Brok gab jedoch in diesem Zusam-



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013

menhang zu bedenken, dass auch gegen Deutschland Vertragsverletzungsverfahren laufen und deshalb nicht alles schwarz und weiß zu sehen sei. Die zentrale Frage in Bezug auf Ungarn sei, wieweit das Land bereit sei auf die Europäische Union zuzugehen.



Besucherguppe Ehemalige der Landwirtschaftsschule Herford

Eine Gruppe von Ehemaligen der Landwirtschaftsschule Herford besuchte Elmar Brok im Europäischen Parlament in Brüssel im Juni. Neben der EU-Außenpolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik wurde auch das Thema der Politikverdrossenheit in Bezug auf die anstehende Europa-Wahl 2014 diskutiert.

Den Landwirten aus der ostwestfälischen Heimat lag das Thema der Gemeinsamen Agrarpolitik natürlich besonders am Herzen. Sie erfuhren hierbei, dass diese als eines der zentralen ge-



meinschaftlichen Politiken macht sie 40% des Haushaltes - also rund 40 Milliarden Euro - aus. Ihren Hintergrund hat diese Finanzierungssumme in ihrer wichtigen Rolle als Lebensmittellieferant.



Ausgabe Nr."1-2013", 31. Juli 2013

Termine

29. August 2013 in Berlin:

Diskussionsveranstaltung der Schwarzkopf Stiftung - Redebeitrag von Elmar Brok zum Thema „Die Bundestagswahl und Europa“

31. August 2013 in Paderborn:

CREDO-Impuls - Rede zum persönlichen Zugang zum Glauben im Rahmen des Angelus-Gebetes

1. September 2013 in Dalhausen:

Vortrag zum Thema "Europa" anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung mit dem Bundestagskandidaten Christian Haase

Noch aktuellere Infos mit Pressemitteilungen, Interviews und Videos von Elmar Brok finden Sie auf unserer Homepage:

www.elmarbrok.de

Melden Sie sich auch für den CDU - Newsletter an:

<http://www.cdu.de/newsletter.htm>

V.i.S.d.P.: Elmar Brok, Büro Europäisches Parlament, Rue Wiertz – ASP 05E 240, B-1047
Brüssel Tel.: 0032.2.284 7323 Fax: 0032.2.284 9323 E-Mail: el-
mar.brok@europarl.europa.eu